

ALTERNATIVES BLÄTTLE

Kreis Böblingen

 <https://de-de.facebook.com/AfDKVBB/>

Zur Homepage



 <https://www.youtube.com/@afd-kreisverband-boeblingen>

Waldrodung im Kreis BB verhindern! Jetzt aktiv werden!

Während die Windkraft vor einigen Jahren noch als günstig und unverzichtbar angepriesen wurde, ist heute die Ernüchterung groß. Fehlende Investoren, massenweise Insolvenzen, expodierende Kosten für Windparks. Der europäische Windkraftmeister (Deutschland) spielt gleichzeitig ganz oben mit um den Titel der höchsten Strompreise, höchsten Steuern und Abgaben und geringste Wohneigentumsquote.

Die Zeche für mangelnde Wirtschaftlichkeit in windarmen Gebieten trägt am Ende der Steuerzahler, denn der Staat garantiert eine Strohmabnahme und subventioniert Anlagenhersteller und Betreiber.

Das von Grünen und Linken diktierte zeitgenössische Credo "CO₂ einsparen um jeden Preis" hat massive Negativauswirkungen auf Flora und



Fauna.

Für das Betonfundament von ca. 10.000 Tonnen müssen ca. 30.000 m² unseres Böblinger Waldes gerodet werden. Die Windräder mit einer unvorstellbaren Höhe von ca. 250m beeinträchtigen das empfindliche Ökosystem dramatisch. Gestörter

Wasserhaushalt, verringerte natürliche Temperaturregelung, reduzierte Sauerstoffproduktion und Austrocknung der Umgebung, Schallemissionen, Bodenschwingungen und Schattenwurf sind nur einige Probleme, die wir bekommen werden.

Um sich für den Erhalt unserer Natur einzusetzen sprießen derzeit einige Bürgerinitiativen aus dem Boden. Informieren Sie sich und tragen Sie ihren Teil zum Erhalt des Waldes bei.

Weitere Informationen unter:

<https://www.bb-lebenswert.de/>

Schreiben Sie doch gleich einen Beschwerdebrief an:

Verband Region Stuttgart,
Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart

Oder eine Beschwerdemail an:

windenergie@region-stuttgart.org

Internationale Goldstücke



"Die Verrohung Frankreichs" titelt "Die Welt". Doch Worte können die Tragik und das unvorstellbare Ausmaß der Gewalt nicht mehr adäquat beschreiben. Etwa 20 ortsfremde Migranten stürmen in Südfrankreich ein Dorf fest, hacken einem Wachmann die Finger ab, stechen wahllos auf Besucher ein und rufen nach Zeugenaussagen "Wir wol-

len Weiße abstechen". Ein 16 Jähriger verlor dabei sein Leben. Während deutsche Politiker Krokodilstränen vergießen sprechen wenigstens einige französische Politiker Klartext:

„Der Rassismus gegen die Weißen schlägt nun auch auf dem Lande zu.“, so Marion Marechal. Auch Marine Le Pen warnt im Kotext des abscheulichen Angriffs, dass niemand mehr sicher sei. Es bleibt zu hoffen, dass die französischen Kassandruf nicht ungehört verhallen.

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2023/blutbad-bei-dorrfest/>



Hamas in Israel und Deutschland – importierten Judenhass abschieben

"Wir können nicht Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen", so Modezar Karl Lagerfeld im November 2017 in einer französischen Talkshow. Wie wahr diese Aussage ist, zeigt sich seit dem Überfall der Hamas auf Israel: Seitdem häufen sich die Demonstrationen propalästinensischer Unterstützer auf Deutschlands Straßen – obwohl die AfD seit Jahren vor Islamismus und Antisemitismus durch Einwanderung aus muslimischen Ländern gewarnt hat.

Allein beim Versammlungsrecht muss man schon zähneknirschend zwei Perspektiven auf dieselbe Demokratie zur Kenntnis nehmen: So hat die Essener Polizei Anfang November tatenlos zugesehen, wie islamistische Banner auf einer Kundgebung gegen Israel geschwenkt wurden. Dieselbe Essener Polizei hat noch im März 2020 einen Kindergeburtstag unter Corona-Bedingungen aufgelöst. Oder schrieb die linke taz angesichts bundesweiter Propalästina-Aufzüge ebenfalls Anfang November: „Das Demonstrationsrecht ist ein Wert an sich.

Auch Parolen, die die Mehrheit unerträglich findet, sind geschützt – gut so.“ Dieselbe taz aber schrieb noch im Dezember 2021 anlässlich der Coronaproteste in Hamburg: „Der Staat muss sich wehren... Den Protesten muss vehement entgegengetreten werden.“ Gute Demos – schlechte Demos? Eine Appeasementpolitik Deutschland gegenüber der Hamas erkennt die jüdische Rundschau.

Die meisten AfD-Politiker wie der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, fanden schnell klare Worte: „Volle Rückendeckung während der Antiterror-Operation der nächsten Wochen und Monate – auch wenn es zu unschönen Bildern kommt.“ Die Bundesregierung solle ihr Versprechen einlösen und Juden hierzulande ein sicheres Leben garantieren. „Die

zur Schau getragenen Gewaltfantasien des muslimischen Milieus in den vergangenen Tagen müssen mit dem gesamten Spektrum des Rechtsstaats beantwortet werden, bis hin zu Abschiebungen.“

Ähnlich sieht es Verteidigungspolitiker Jan Nolte: „Wir müssen sehr entschlossen gegen die Hamas und auch gegen Judenhasser auf deutschen Straßen vorgehen“, sagt er ebenfalls der BZ. Zugleich schränkt er ein: „Wir dürfen unsere Herzen nicht für das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza verschließen.“ Es müsse alles getan werden, um weitere zivile Opfer zu verhindern.

Hierzu hat einerseits die AfD-Bundestagsfraktion drei Anträge vorgelegt, die das Verbot palästinensischer Organisationen sowie das Ende der deutschen Finanzierung für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten forderten.

Andererseits hat die AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg zwei Anträge vorgelegt, in denen Zahlen zum antisemitischen Demogeschehen im Land angefragt und das Innenministerium zu klarem Handeln gegen terrorverherrlichende Kundgebungen aufgefordert wurde. Flankierend hat die Fraktion Mitte November eine große Sicherheitskampagne mit dem Schwerpunkt „Abschieben“ gestartet: Auf fast 250 Plakaten präsentiert sich die AfD landesweit als Sicherheits- und Heimatpartei.

<https://afd-fraktion-bw.de/politik/kampagnen/abschiebeoffensive>

Nett hier, aber sind Sie nicht ausreisepflichtig?



Abflug!

UNSERE HEIMAT – UNSERE REGELN

 Lesen Sie dazu auch unseren AfD-Antrag zur „Erhöhung der Abschiebequote“ Drucksache 17/4975 afd-fraktion-bw.de

NUR MIT UNS!

 **FRAKTION BW**  **AfD**

© 2022 AfD – Tobias Junge | AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg | Postfach 666666 | 70372 Stuttgart

Ist das Geschlecht feststellbar oder nur empfunden?

Wir von der AfD würden eine Wette darauf eingehen, dass die Klassenkameraden, die früher in Mathe immer abgeschrieben haben, bei den Grünen und der FDP statistisch häufiger anzutreffen sind, als bei den anderen Parteien. Denn das schlussfolgernde Denken und das Abstrahieren beherrschen sie kaum, dafür aber umso besser das Empfinden.

Und so kommt nach dem „Heizungsgesetz“, bei dem eigentlich nur durch das hartnäckiges Insistieren der Oppositionsparteien und der betroffenen Verbände ein paar vernünftige Gedanken in das Gesetz kamen (z.B. die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung) nun die nächste Gesetzgebungs-Katastrophe auf uns zu.

Es nennt sich Selbstbestimmungsgesetz, was aber nicht zutreffend ist, denn es ist eigentlich ein Selbstempfindungsgesetz.

Federführend verantwortlich für das Gesetz sind Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne). In einem für jede zivilisierte menschliche Gemeinschaft zentralen Datenbanksystem, dem Personenstandsregister, das seit Jahrhunderten strikt faktenorientiert von Urkundsbeamten geführt wird, soll mit dem „Selbstempfindungsgesetz“ die Möglichkeit geschaffen werden, dass jeder Bürger –nur auf Basis einer „Erklärung mit Selbstversicherung“ - den Vornamen wie auch den Eintrag im Datenfeld „Geschlecht“ ändern lassen kann. Das bei Geburt festgestellte Geschlecht soll zukünftig überschrieben und durch eine Angabe zum selbstempfundenen Geschlecht (auch als Geschlechtsidentität bezeichnet) ersetzt werden können.

Damit verliert das Datenfeld „Geschlecht“ seine Aussagekraft und damit auch seine identifizierende Funktion. Wenn zukünftig „weiblich“ im Personenstandsregister oder im Reisepass eingetragen ist, weiß niemand mehr so recht, was damit gemeint ist. Ist das nun die Angabe zum körperlichen Geschlecht, oder die Angabe, was diese Person empfindet, was sie geschlechtlich sei?

Jeder Digitalisierungsberater würde empfehlen: also,

bei so einem Kuddelmuddel können Sie das Datenfeld auch gleich aus der Datenbank löschen. Und ein Beitrag zum Bürokratieabbau wäre das dann natürlich auch.

Frau Nancy Faeser, die Innenministerin, hat das Problem wohl erkannt und konnte –wir vermuten einmal nach intensiverem „sich den Mund fusselig Reden“ - ihre beiden federführenden Kabinettskollegen Dr. Marco Buschmann und Lisa Paus davon überzeugen, dass die Sicherheitsbehörden Zugriff auf die Historie des Datenfelds erhalten müssen, um zu wissen was „Fakt“ ist. Kaum wurde dieser Aspekt bekannt, gab es auch schon den ersten Shitstorm aus der „Gender-Community“ und Kritik von der unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, Frau Ferda Ataman. Was daran diskriminierend sein soll, dass den Sicherheitsbehörden bei einer Personenabfrage das tatsächliche Geschlecht übermittelt wird, wird nicht erläutert. Aber man motzt schon mal, oder meldet „Gesprächsbedarf“ an.

Dabei wäre die Lösung –aus IT-Sicht- sehr einfach. Das Datenfeld Geschlecht bildet, wie schon seit Jahrhunderten, das körperliche Geschlecht ab; bekommt aber, um zukünftig auch das Geschlecht von hormonell und/oder operativ transformierten Personen korrekt erfassen zu können, zwei weitere Ausprägungen. Letztlich gibt es dann 5 Ausprägungen: weiblich, männlich, divers, weiblich-artifiziert, männlich-artifiziert. Und für die Geschlechtsidentität wird ein weiteres Datenfeld in das Personenstandsregister eingefügt. Das neue Datenfeld könnte man als freies Eingabefeld mit bis zu 128-Zeichen einrichten. Und dann kann jeder Bürger – natürlich nur freiwillig, aber ganz selbstbestimmt- dem Standesamt zwitschern, wie es um seine Geschlechtsidentität steht, z.B.: „dienstags bis freitags hetero, samstags non-binär, sonntags familiär und montags Ruhetag“.



Milgram-Experiment

Das Milgram-Experiment der 1960er Jahre unter der Leitung von Stanley Milgram lieferte faszinierende Einblicke in den Gehorsam gegenüber Autorität. In diesem psychologischen Spektakel wurden die Teilnehmer zu Lehrern, die vermeintlich elektrische Schocks an Lernende verteilten - eine verstörende Handlung, die jedoch wichtige Erkenntnisse lieferte.

Ein Forscher in Laborkleidung agierte als Autoritätsperson, während die Lehrer, nichtsahnend in ein seltsames Experiment verwickelt, den Anweisungen folgten, elektrische Schocks für Fehler bei einem Wortpaar-Test zu erhöhen. Die Überraschung kam, als die Mehrheit der Lehrer blindlings den Anweisungen gehorchte, selbst wenn die vermeintlich Gequälten schrien.

Milgram entwirrte die psychologischen Fäden dieses mysteriösen Verhaltens. Die Nähe zur Autoritätsperson, die angesehene Institution des Yale-Universitätslabors, unklare Befehle und eine schleichende Eskalation der Anweisungen waren die Zutaten dieses surrealen Experiments. Die Botschaft war klar: Unter bestimmten Bedingungen können Menschen ihre moralischen Prinzipien über Bord werfen und Anweisungen befolgen, die im Widerspruch zu ihrem Gewissen stehen.

Das Milgram-Experiment bleibt ein fesselndes Kapitel der Psychologie und ein Spiegel, der uns dazu zwingt, die Macht sozialer Einflüsse auf unser Verhalten zu überdenken. Es hat nicht nur unseren Blick auf Gehorsam und ethisches Verhalten erweitert, sondern auch die Art und Weise, wie wir ethisch vertretbare Experimente gestalten, in Frage gestellt.

Es ist davon auszugehen, dass die herrschenden Politiker dieses Verhaltens mit ins Kalkül ziehen, bei ihrem Anliegen die Gesellschaft irreversibel zu verändern.

Der linke Publizist Yascha Monk sprach 2015 im Spiegel ganz ungeniert und affirmativ davon, dass wir derzeit alle Probanden in einem Experiment sind:

„In Westeuropa läuft ein Experiment, das in der Geschichte der Migration einzigartig ist: Länder, die sich als monoethnische, monokulturelle und monoreligiöse Nationen definiert haben, müssen ihre Identität wandeln. Wir wissen nicht, ob es funktioniert, wir wissen nur, dass es funktionieren muss.“

Konformitätsexperiment von Asch

Das Konformitätsexperiment von Solomon Asch, durchgeführt in den 1950er Jahren, wirft einen faszinierenden Blick auf den sozialen Druck und die Bereitschaft der Menschen, der Mehrheit zu folgen, auch wenn ihre eigenen Wahrnehmungen klar von der Realität abweichen.

In einem einfachen Setup wurden Probanden in eine Gruppe von Teilnehmern eingebunden, von denen die meisten Komplizen des Experimentators waren. Die Aufgabe bestand darin, die Länge von Linien zu vergleichen. Die Komplizen gaben jedoch absichtlich falsche Antworten. Das erstaunliche Ergebnis war, dass 76% der echten Teilnehmer, um der Gruppenkonformität willen, den offensichtlichen Unfug mit den falschen Antworten mitmachten, auch wenn dies ihren eigenen klaren Wahrnehmungen widersprach.

Aschs Experiment verdeutlichte den starken Einfluss sozialer Normen und Gruppendruck auf individuelles Verhalten. Die Teilnehmer passten ihre Meinungen an, um in die soziale Norm zu passen und Konflikte zu vermeiden. Der Wunsch nach sozialer Akzeptanz und die Furcht vor sozialer Ablehnung bewegten viele dazu, gegen ihre eigene Wahrnehmung zu handeln.

Die Erkenntnisse aus Aschs Konformitätsexperiment haben nicht nur Fragen zur individuellen Autonomie und zur Macht der sozialen Normen aufgeworfen, sie können uns auch helfen heutige gesellschaftliche Mechanismen zu verstehen. Exemplarisch kann man hier die offensichtliche Leugnung des biologischen Geschlechts einiger politischer Akteure aufführen. Dieses Experiment bleibt ein Schlüsselwerkzeug, um die Kräfte zu verstehen, die unser Verhalten beeinflussen, wenn Menschen sich sozialem Druck ausgesetzt sehen.

Möglicher Aufbau des Asch-Konformitätsexperiment:
Erkenne den biologischen Mann (99% der Grünenwähler scheitern)



Die öffentlich-rechtlichen Medien bestehen überwiegend aus staatlichen und regierungsnahen Vertretern. Der ZDF-Fernsehrat besteht beispielsweise aus mindestens 45% Altparteimitgliedern und vielen weiteren von Ministerpräsidenten designierten Vertretern teils skurriler Verbände. Wir arbeiten als einzige relevante Partei darauf hin, die Zwangsgebühren abzuschaffen, weshalb ein neutraler Umgang mit uns seitens öffentlich-rechtlicher Medien ausgeschlossen ist. Um gewissermaßen ein Korrektiv zur einseitigen Berichterstattung darzustellen, sind wir dabei unsere eigenen Medien zu etablieren, etwa in Form dieser Zeitung.

Auch Sie persönlich können zur Rettung Deutschlands beitragen. Bemerkenswert ist, dass der Staat für jeden €, den Sie uns spenden, 45 ct draufschlägt und Sie die Spende weiterhin von der Steuer absetzen können (hierfür Name und Anschrift angeben).

**Spende AfD Kreisverband Böblingen
 BW Bank
 IBAN: DE49 6005 0101 0004 3346 86
 BIC: SOLADEST600**



Vi.S.d.P.:
 Markus Frohnmaier
 Alternative für Deutschland
 Kreisverband Böblingen
 Postfach 1246 · 71103 Magstadt
 Email: boeblingen@afd-bw.de
 Homepage: <https://boeblingen.afd-bw.de/>